

Eine große Konsumentenkundgebung.

Für die Beschlagnahme der Ernte. Gegen die Erhöhung des Zuderpreises.

Wien, 14. Juni.

Im Festsale des Gewerbevereines fand gestern eine von der Kriegskommission für Konsumenteninteressen einberufene Delegiertenkonferenz der am Lebensmittelverbrauche interessierten Organisationen statt. Die Versammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die Interessen der Konsumentenkreise und verlangte einmütig die Einführung eines staatlichen Monopols für den Getreide- und Mehlerverkehr. An der Versammlung nahmen rund 150 Körperschaften aus ganz Oesterreich mit einer Gesamtmitgliedszahl von zirka anderthalb Millionen teil, darunter die Frauenvereinigungen aller Parteien Oesterreichs, zahlreiche Angestelltenorganisationen (Staats- und Kommunalbeamten, Steuer-, Post-, Finanz- und Justizangestellte), Lehrer, Eisenbahnbeamte, Festangestellte, (Privatbeamte, Handlungsgehilfen usw.), ferner zahlreiche Konsumvereine aus ganz Oesterreich und viele Körperschaften des Handels, der Industrie und des Gewerbes.

Den Vorsitz führte Regierungsrat Frip.

Der erste Redner, Direktor des Niederösterreichischen Konsumvereines Eidersch, führt aus, daß selbst in Ländern, welche keine Agrarstaaten sind, nicht solche Erfahrungen gemacht wurden wie bei uns. Er kritisiert die unzureichende Tätigkeit der Kriegsgetreidewerkehrsanstalt, die mangels einer Exekutivgewalt nicht in der Lage war, wirksam einzugreifen. Die Schuld liege an der staatlichen Verwaltung, welche nicht entschieden genug für die Interessen der Approvisionnement der Bevölkerung eingetreten sei. Redner widerlegte die bisher gegen das einzig mögliche Mittel der Abhilfe, die monopolähnliche Organisation der Getreide- und Mehlerverorgung, vorgebrachten Argumente. Jede Spekulation mit Lebensmitteln müsse unbedingt ausgeschlossen werden. Den Landwirten sei ein angemessener Preis, den zur Vermittlung heranzuziehenden Kreisen des Handels und der verarbeitenden Industrien eine angemessene Vergütung zuzubilligen, aber auch nicht mehr. Er verlangt, daß raschestens und mit aller Entschiedenheit vorgegangen werde, um die Mißstände, worunter wir seit Monaten leiden, zu beseitigen.

Professor Dr. Kobatsch verliest die Zuschrift des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen in Berlin, aus welcher hervorgehe, daß die deutsche Regierung unbedingt an der bisherigen Organisation der Getreide- und Mehlerverorgung in monopolähnlicher Gestalt festhalten werde, und führt dann aus: Es ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keines besonderen Verlangens, daß je nach dem Ausfall der Ernte und nach Abzug des in erster Linie zu bedeckenden Militärbedarfes Ungarn von seinem Ueberschusse der heurigen Ernte an Brotfrüchten an Oesterreich periodisch soviel überweist, als es auch in Friedenszeiten an Oesterreich verkaufte. Ungarn lieferte in den Jahren 1909 bis 1913 an Oesterreich Weizen: 2'5, 3'5, 4'6, 4'7 und 5'0 Millionen Meterzentner, durchschnittlich rund 4 Millionen, an Roggen durchschnittlich 2'5 Millionen Meterzentner. Wenn man die unbedeutenden Ausführungen aus Oesterreich nach Ungarn berücksichtigt, so ergeben sich noch immer namhafte Quantitäten, welche dem österreichischen Konsum zur Verfügung zu stellen sein werden. Diese Ueberweisung ist schon deshalb notwendig, damit Gerste und Mais nicht in allzugroßen Quantitäten zur Vermahlung gelangen, sondern denn doch noch, wenn auch in verminderten Mengen, der industriellen Verarbeitung und zur Verfütterung zur Verfügung bleiben. Ebenso wird es notwendig sein, daß ein Abkommen mit dem Deutschen Reiche getroffen wird, um auch hier einen periodischen Ausgleich der verfügbaren Getreidemengen herzustellen, insbesondere aber auch, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn einverständlich in bezug auf den Einkauf von Getreide im neutralen Ausland vorgehen.

Frau Helene Granitsch führte aus: Die Reichsorganisation der Hausfrauen und die katholische Frauenorganisation haben mit dem Gewerbeverein die Anregung zur Bildung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen gegeben, eine Gründung, welche in der ganzen Monarchie, wie dies ja am besten die heutige Versammlung beweist, lebhaften Widerhall gefunden habe. Es sei nicht die Frage, ob einzelne Geschäftsinteressen gestört werden, sondern daß das Heer und die gesamte Bevölkerung mit zureichenden, guten und billigen Lebensmitteln versorgt werden. Im Interesse der raschen Beendigung der Erntearbeiten würde es sich empfehlen, Flüchtlinge, Kriegsgefangene sowie rekonvaleszente Soldaten, welche noch nicht Militärdienst machen können, aber dem landwirtschaftlichen Berufe angehören, in reichlichem Maße zu Erntearbeiten zu verwenden, ebenso genügend Maschinen und Zugvieh auch den kleineren Landwirten zur

Verfügung zu stellen. Rednerin gab der Erwartung Ausdruck, daß der einmütige Wille, der in der heutigen Versammlung zum Ausdruck komme, sich auch bei der Regierung Geltung verschaffen werde.

Vizepräsident des Bundes österreichischer Industrieller, Abg. Friedmann, besprach insbesondere das Verhältnis zu Ungarn. Er beantragt einige Aenderungen an den Verfügungen, insbesondere, daß das bestehende Ausfuhrverbot für alle Lebensmittel nicht einseitig von einem Staate der Monarchie, sondern nur im Einvernehmen beider Staaten abgeändert werden dürfte.

Gräfin Walterkirchen begrüßt namens der katholischen Frauenorganisation die Versammlung und betont die Notwendigkeit der Festsetzung von Höchstpreisen im Engros- wie im Detailhandel für Mehl und Futtermittel sowie der Erlassung des Ausfuhrverbotes.

Her Sadel vom Konsumverein in Böhmischem Kamnitz schildert die außerordentlich traurige Lage der nordböhmisches Bevölkerung und tritt auf das entschiedenste für eine monopolartige Regelung der Brotverorgung ein, da insbesondere die getreidearmen Teile des Reiches mit entsprechenden Mengen von Brotfrüchten betitelt werden müssen.

Frau Popp begrüßt namens der sozialdemokratischen Frauenorganisation die Versammlung, wo die Konsumenten aller Parteien einmütig für eine zweckmäßige Regelung der Brotverorgung eintreten, und betont, daß es außerordentlich schwer fallen würde, falls diese von allen Konsumentenkreisen gewünschte Regelung nicht zustande käme, auch weiterhin die so notwendige Ruhe in den breiten Massen der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Generalsekretär Dr. Fischl (Prager Produktenbörse) erklärt, daß auch seine Interessentenkreise für die monopolartige Regelung des Getreide- und Mehlerverkehrs eintreten, und bespricht die bisherigen Mängel in der Organisation der Kriegsgetreidewerkehrsanstalt, insbesondere die unzulängliche Organisation der Kommissionäre.

Frau Freunlich sprach namens des Zentralverbandes der Konsumvereine Oesterreichs. Dr. Zehetbauer (Reichswirtschaftsbund der Festangestellten) erklärt namens der 60.000 Mitglieder seines Verbandes, daß sie dem vorgeschlagenen Programm unbedingt zustimmen. Diefelbe Erklärung gibt auch Dr. Gargitter, Gemeinderat aus Graz, ab, der die zunehmenden Schwierigkeiten in den Ernährungsverhältnissen der alpenländischen Bevölkerung schildert, die nur durch ein Monopol zu beseitigen seien. Abgeordneter Doktor Waber begrüßt die gemeinsame Kundgebung der gemeinsamen Interessen aller Konsumenten ohne Unterschied der Partei und verweist auf den Widerspruch, daß in Oesterreich das durchschnittliche Einkommen kleiner als in Deutschland, die Lebensmittelpreise dagegen wesentlich höher seien.

Dr. Neumann schließt sich namens der alkoholgegenerischen Vereine den Vorschlägen an und verlangt überdies das Verbot der Vermahlung von Gerste aus der Ernte des Jahres 1915, ferner daß Kartoffeln bloß zur Herstellung des vergällten Spiritus, nicht auch zur Erzeugung von Trinkbranntwein verwendet werden dürfen.

Frau Gainisch, die Vorsitzende des Bundes österreichischer Frauenvereine, erklärt namens ihrer Organisation, unbedingt für die Einführung des Monopols zu stimmen und dankt der Kommission für die imposante Veranstaltung, die eine Kundgebung des Gesamtwillens aller Konsumentenkreise darstelle.

Vorstandsmitglied Schmid spricht namens des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine. Herr Josef Hellmann erklärt namens des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft, des Niederösterreichischen Landeslehrervereines sowie des Deutschen Lehrerbundes, daß sich die Lehrerschaft den Forderungen anschließen. Weiter stimmten dem Programme zu: Herr Josef Ott für den Verein „Mittelstand“, Postoberoffizial Bauerneindt namens der Koalition der Postbediensteten (35.000 Mitglieder), Frau Feldmann für die Ortsgruppe der Hausfrauen in St. Pölten, die Präsidentin des Frauenerwerbsvereines Frau Pachter v. Theinburg, ferner Kammerat Hollaus namens der niederösterreichischen Handels- und Gewerbevereine und der Detailhändlerorganisationen, die einerseits wenig Waren bekommen, andererseits von dem laufenden Publikum bestürmt werden, Waren zu verkaufen.